

Buchvernissage 15.3.2011: «Die Behörde beschliesst» – Zum Wohl des Kindes?

Prof.Dr. Ueli Mäder, Ordinarius Universität Basel

Sehr geehrte Gäste

Marco Leuenberger, Loretta Seglias, Lea Mani und Simone Rudin untersuchten die Lage ehemals Fremdplatzierter, die hier besonders willkommen sind. Die Politikerinnen Stucki-Mäder und Häsler regten die Studie im Parlament an. Der Regierungsrat des Kantons Bern, vertreten durch Herrn Neuhaus, gaben sie in Auftrag. Die Begleitung übernahmen die Vorstehenden der Vormundschaftsbehörde, zunächst Peter Kaenel, dann Andrea Weik, zusammen mit einer Gruppe renommierter Fachleute. Die Publikation ermöglichten der HVBE (Hr. Lüthi) und der Verlag hier+jetzt (Hr. Meier). Ich danke allen Beteiligten ganz herzlich, auch den ungenannten. Abwesend ist heute der Historiker Heiko Haumann. Wir haben zusammen die Studie mit begleitet, uns stets über das eindruckliche Engagement der Verfassenden gefreut und viel gelernt.

Viele ehemalige Verdingkinder schwiegen jahrelang über ihre (gewiss nicht nur) misslichen Erfahrungen. Sie hielten eigene Aufzeichnungen unter Verschluss. „Mein Mann wollte, dass ich ihn und die Kinder von alten, belastenden Geschichten verschone“, erzählt eine achtzigjährige Frau. Behörden reagierten teilweise ähnlich und versiegelten ihre Archive. Vorhandene Dokumente zeigen, wie einzelne (Kirch-)Gemeinden und soziale Einrichtungen arme Kinder als Arbeitskräfte in die Fremde schickten, wie Kinder in Kostfamilien schimmeliges Brot aus Schweinetrögen holen und in dunkeln Kammern essen mussten, wie sie geschlagen und sexuell missbraucht wurden. „Ja, das waren harte Zeiten, oder? Aber es ist halt im Leben so. Manchmal muss man durchbeissen“, berichtet Rudolf W. (geb. 1939). Seine Aussage deutet an, dass Anpassung auch eine widerständige Form sein kann, sich zu behaupten.¹

Ja, soziale Benachteiligungen werden oft über lange Zeit hingenommen. Sie motivieren nicht von sich aus zu Veränderungen. Der Mangel verstellt manchmal den Blick. Betroffene interpretieren Defizite als persönliches Versagen, nicht als Unrecht. Wichtig ist daher die Vermittlung des Bewusstseins, dass eine missliche Situation kein Schicksal, sondern veränderbar ist. Der Hinweis auf gemeinsame Betroffenheit entlastet von persönlichen Schuldgefühlen, die bei sozial Benachteiligten unter Bedingungen der Vereinzelung besonders ausgeprägt sind. Arme empfinden ihre Ohnmacht zuweilen als individuelle Schwäche. So lassen sich gesellschaftliche Probleme einfacher auf jene abwälzen, die unauffällig bleiben (wollen). Wenn sie die Lage akzeptieren, laufen sie weniger Gefahr, bei einem weiteren Versuch, etwas zu ändern, nochmals zu scheitern. Wer sich mit dem Vorhandenen abfindet, schützt sich gegen weitere Enttäuschungen. Die Angst führt

¹ Marianne GRONEMEYER, auf die ich mich hier beziehe, geht in ihrem Buch „Zur Motivation politischen Handelns“ (Campus, Frankfurt/M. 1976) auf die nach wie vor aktuelle Dynamik von Resignation und Empörung ein (*wird mündlich ausgeführt*).

zum Rückzug. Der Pakt mit dem Verzicht macht den Mangel aushaltbar. Dagegen helfen Erfahrungen gelungener Lebenspraxis. Und das Zutrauen in eigene Kompetenzen erfordert kleine Schritte, die sich in absehbarer Frist erreichen lassen. Diese Erfahrung zeigt dann, dass Veränderungen möglich sind. Sie lenkt den Blick vom scheinbar Unabdingbaren zum Möglichen. Die innerlich blockierende „Du solltest-Anforderung“ verwandelt sich in eine „Ich kann etwas-Haltung“. Sie knüpft an vorhandene Interessen und Fertigkeiten an. Die vorliegende Studie trägt dazu bei, diese Sicht zu stärken.